



## ZUM INNEREN LEBEN

### Du bist Vernunft

Höchster und heiliger Gott, Ursprung aller Tugend, Allmächtiger, den der menschliche Geist auch bei gründlicher Erforschung der Dinge nicht durch sein Denkvermögen begreifen, doch auch nicht *nicht* kennen darf; denn wir glauben, dass du in unergründlicher Weise in dreien Gott bist, doch drei so als einer, dass die Substanz Erscheinungsformen hervorbringt, die ihrem Wesen eigen sind und den Bund durch eine heilige Bindung ungeschieden bewahren.

Du bist ohne Beginn und zugleich ohne Ende, bist ewig, einzig immer dieselbe und keinem Alter unterworfen. Du übersteigst den Raum der Dinge an Raum, wohin auch immer sich des Geistes Tiefe erstreckt, und wirst von keinem umgeben; auch gibt es keinen Ort, der dich fasst mit den Dingen, die du nährst, noch bist du selbst eher der Ort; auch darf der Geist nicht erfassen, was für ein Aussehen du besitzt, weil deine nicht durch Grenzen umschlossene Gestalt den Sinnen entgeht, oder welche Bewegung dich mit einer glücklichen Kraft belebt, weil du immer ganz überall bist; du bist Verstand und zutiefst die Substanz des heiligen Verstandes, du bist Vernunft und der vollen Vernunft kluger Ursprung, du bist Kraft, bist Gipfel der Kraft und wahrhaftig: Du bist das Leben selbst und Vater des tiefen Lebens und Lichtes, du bist wahres Licht, Gott, du Grund und Stärke der Dinge.

*Claudius Marius Victorius (frühchristlicher Schriftsteller, 5. Jh.) in: „Alethia – Wahrheit“, Lateinisch-Deutsch, übersetzt und kommentiert von Thomas Kuhn-Treichel (Verlag Herder, Freiburg 2018)*

### Heilender Name

Durch die Wiederholung des Jesus-Namens stellst du dich in die Gegenwart Jesu; sie vermittelt dem, der betet, auch die Kraft der Erlösung, des Heils. Jesus ist wesentlich der Erlöser. Das ist die Bedeutung seines Namens (vgl. Mt 1,21). „Und in keinem anderen ist das Heil zu finden. Denn es ist uns Menschen kein anderer Name unter dem Himmel gegeben, durch den wir gerettet werden sollen“ (Apg 4,12).

Die liebende Wiederholung des Namens „Jesus“ stellt uns in seine Gegenwart. Wenn uns Jesus gegenwärtig ist, schenkt er uns Erlösung: Heilung von Krankheiten, den körperlichen, den emotionalen oder den spirituellen; und als Folge davon: Friede mit unseren Mitmenschen, mit Gott und mit uns selbst.

*Anthony de Mello (1931–1987) in: „Meditieren mit Leib und Seele“ (Topos plus, Kevelaer 2019)*

# Die Diplomatenpäpste

Mit Leo XIII. wurden die Weichen für die moderne vatikanische Außenpolitik gestellt. Ein Überblick.

Von Jörg Ernesti

Das Pontifikat des aktuellen Papstes hat eine ausgesprochen pastorale Note. Franziskus I. selbst sieht sich zuerst als Seelsorger. Als er vor seiner Wahl zum Papst gefragt wurde: „Wie würden Sie sich einer Gruppe vorstellen, die Sie nicht kennt?“, antwortete er: „Ich bin Jorge Bergoglio, Seelsorger. Ich bin nämlich gerne Seelsorger.“ Dennoch durchzieht auch ein anderer Aspekt seine Amtsführung, vielleicht nicht als Dominante, aber als eine Konstante: das politisch-diplomatische Wirken für den Frieden. Als spektakulärsten Erfolg dieser Bemühungen hat er Gesprächskontakte zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten von Amerika angebahnt. Möglich ist dieses Engagement nur deshalb, weil der Heilige Stuhl als neutrale Instanz, die zudem mit großem moralischen Gewicht ausgestattet ist, angesehen wird. Das erscheint uns heute als selbstverständlich, historisch gesehen reicht es aber gar nicht so weit zurück.

In meiner Biografie über Papst Leo XIII. (seine Amtszeit dauerte von 1878 bis 1903) stelle ich die These auf, dass auf ihn der Neustart der vatikanischen Außenpolitik zurückgeht, der bis heute nachwirkt. Möglich wurde dieser erst durch den Untergang des alten Kirchenstaates im Jahr 1870, auf den Pius IX. mit der selbstgewählten Inszenierung als „Gefangener im Vatikan“ reagierte. Katholiken wurde bei Strafe der Exkommunikation politisches Engagement im Königreich Italien verboten. In Richtung Italien führte Leo XIII. diese Inszenierung fort – ein unbestreitbar konservativer Zug seiner Amtszeit. Der Widerstreit zwischen Vatikan und Quirinal, also zwischen dem Amtssitz des Papstes und dem Amtssitz des Königs, blieb noch lange bestehen: Die vatikanische Außenpolitik zielte bis zu den Lateranverträgen 1929 darauf ab, die „Römische Frage“ zu klären und eine echte, staatsrechtlich unanfechtbare Souveränität zurückzuerlangen, während die italienische Politik die Existenz dieser Frage leugnete und sich bemühte, sie gar nicht erst auf der Tagesordnung der internationalen Politik erscheinen zu lassen.

### Ob Karolineninseln oder Kuba

Aber bereits unter Leo XIII. wurden die Weichen leicht verschoben. Zwar hielt er an der Forderung eines eigenen Staates fest, insofern dieser als Bedingung aufgefasst wurde, dass der Papst sein religiöses Amt frei ausüben kann. Doch stellte er keine konkreten territorialen Forderungen mehr. Er selbst glaubte, der Papst könne sich auf ein kleines Kerngebiet – den Vatikan – beschränken, versehen mit einem schmalen Zugang zum Tiber. Nun wurden auch die diplomatischen Beziehungen stark ausgeweitet. Zehnmal vermittelte der Heilige Stuhl überdies in internationalen Konflikten zwischen verschiedenen Staaten. Otto von Bismarck etwa rief im Jahr 1885 den Papst als Vermittler im Konflikt mit Spa-

nien um die Karolineninseln an. Die päpstliche Vermittlung zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika im Zuge des kubanischen Unabhängigkeitskriegs gegen die Kolonialmacht blieb erfolglos. Im April 1898 begann der spanisch-amerikanische Krieg, der mit dem Sieg der US-Armee, die die kubanischen Rebellen unterstützte, und der Inbesitznahme Kubas durch die USA endete. Durch die damaligen diplomatischen Aktivitäten wurde das außenpolitische Prestige des Heiligen Stuhls stark vermehrt.

Begleitet wurde diese neue Politik durch eine vertiefte Reflexion der christlichen Staatslehre in sechs breit angelegten Staatszyklen. Neben unzähligen weiteren Äußerungen dieses Papstes lassen sie keinen anderen Schluss zu, als dass er in staatspolitischen Fragen einen persönlichen Schwerpunkt gesehen hat. Insofern kann man ihn im Sinne des italienischen *Uomo di stato* oder des englischen *Statesman* als „Staatsmann“ bezeichnen.

### Ein erstes Ja zur Republik

In den Zusammenhang der Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Kirche sind auch die gesellschaftspolitischen Positionierungen Leos XIII. einzuordnen. Er stellte sich beherzt an die Spitze der Antisklavereibewegung seiner Zeit. Auch signalisierte er eine positive Einstellung gegenüber der zeitgenössischen Wissenschaft, etwa durch die Öffnung des Vatikanischen Archivs für die Forschung (1883). Durch „*Rerum Novarum*“ (Neue Dinge, 1891) erfolgte endlich eine klare und wohl begründete päpstliche Stellungnahme zur Arbeiterfrage. Der Papst selbst hat nicht absehen können, dass diese Enzyklika zur wirkmächtigsten seiner insgesamt 86 Enzyklen und durch sie die starke Tradition der katholischen Soziallehre begründet werden sollte. Alles andere wäre ein Anachronismus, Wunschenken aus heutiger Sicht, das nicht durch die zeitgenössischen Quellen gedeckt ist. Die Redaktionsgeschichte von „*Rerum Novarum*“ zeigt übrigens: Der Papst hat die Enzyklika im Unterschied zu anderen Lehrschreiben nicht selbst verfasst. Immerhin hat er die Brisanz der sozialen Frage klar erkannt und sich von Fachleuten unterstützen lassen. Für ihn bildet seine Stellungnahme einen Mosaikstein in dem umfassenden Programm, als Kirche zur Erneuerung der Gesellschaft beizutragen. Hier galt es, gegenüber den Staaten keine Blöße zu zeigen.

Dieses Pontifikat trägt konservative und moderne Züge. Zwar lehnte Leo XIII. einerseits wie seine Vorgänger die Französische Revolution und deren Errungenschaften, die Menschenrechte, insbesondere die Religionsfreiheit, und das Prinzip der Volkssouveränität, ab, zeigte aber andererseits Offenheit für die Staatsform der Demokratie: Wenn der Grundsatz gewahrt ist, dass alle Macht von Gott ausgeht und die Herrschenden ihm verantwortlich bleiben, ist es letztlich gleichgültig, ob die Macht einem Monarchen oder einer Vielzahl von Personen übertragen wird. Diese Überlegungen entwickelte er vor allem vor dem Hintergrund der französischen Situation.

Er war überzeugt, dass der Monarchismus der französischen Katholiken die Ursache der antiklerikalen Gesetzgebung sei. Daher warb er dafür, dass die Katholiken die Republik und die demokratische Staatsform akzeptierten. Eine vorbehaltlose Bejahung der Demokratie sollte aber erst möglich werden, als die Kirche ihre Skepsis gegenüber den Menschenrechten aufgab.

Leo XIII. hat im diplomatischen Dienst der Kirche gestanden. Das gilt für alle Päpste zwischen 1878 und 1978 (bis auf Pius X.), so dass man vom „Zeitalter der Diplomatenpäpste“ sprechen kann. In allen Pontifikaten spielten die Außenpolitik und das Verhältnis von Staat und Kirche eine zentrale Rolle. Nicht von ungefähr griffen die Nachfolger Leos Erbe auf und entwickelten es fort.

In den neuzeitlichen Kriegen waren die Päpste als Landesherren immer Partei gewesen. Das galt nicht mehr im Ersten Weltkrieg. Benedikt XV. (Amtszeit: 1914–1922), ein enger Mitarbeiter Leos XIII., wurde zum Papst gewählt, weil man sich von ihm erhoffte, dass er zu einer Beendigung des Krieges beitragen könne. Tatsächlich nutzte er die Chance, den Heiligen Stuhl in vierfacher Hinsicht neu zu positionieren:

1. In allen kriegführenden Ländern wurde der Krieg gerechtfertigt, ja bisweilen euphorisch begrüßt, auch von Katholiken. Benedikt XV. dagegen lehnte den Krieg entschieden ab und verurteilte ihn scharf: „unnützes Blutvergießen“, „Selbstmord des zivilisierten Europa“.

2. Der Heilige Stuhl wahrte eine strenge Neutralität und verurteilte keine der Kriegsparteien.

3. Neu waren die humanitären Aktivitäten der Kurie: Gefangenenaustausch und Vermisstensuchdienst. Während des Völkermords an den Armeniern wandte sich der Papst an den osmanischen Sultan, um die Todesmärsche zu stoppen.

4. Anknüpfend an die internationale Vermittlertätigkeit des Heiligen Stuhls unter Leo XIII. suchte auch Benedikt XV., Friedensverhandlungen anzustoßen. So wurde der Erste Weltkrieg gewissermaßen zum Testfall für die neue Außenpolitik. Italien ließ sich allerdings von seinen Bündnispartnern zusichern, dass der Heilige Stuhl nicht als Friedensmittler akzeptiert würde, so dass die vatikanischen Aktivitäten ins Leere laufen mussten.

### Die „Konkordatsära“

In der Friedensnote „*Dès les début*“ („Seit dem Beginn unseres Pontifikats“) vom 1. August 1917 schlug Benedikt XV. einen Frieden ohne Annexionen und Reparationen sowie die Einrichtung von Schiedsgerichten vor. Ähnliche Positionen sollte wenig später der amerikanische Präsident Woodrow Wilson vertreten. Beide erkannten im Nationalismus eine der Hauptursachen des Krieges. Benedikt XV. war skeptisch gegenüber dem Frieden von Versailles, da er eine Demütigung der Besiegten bedeute und den Samen zu neuen Konflikten in sich trage. Wahrer Friede müsse auf Versöhnung und auf einer Rückkehr zu den christlichen Geboten gründen, legte er in einer eigenen Friedenszyklika dar. In den auf Betreiben Wilsons gegründeten →

→ Völkerbund einzutreten, kam wegen des ungeklärten völkerrechtlichen Status des Heiligen Stuhls nicht infrage. Daher setzte man in der Folgezeit im Vatikan eher auf bilaterale Verhandlungen und Verträge. Das neu gewonnene Prestige führte dazu, dass mit zahlreichen Staaten Konkordate geschlossen und diplomatische Beziehungen aufgenommen werden konnten, darunter mit Bayern, Preußen und den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie. Konkordate schienen das wirksame Mittel zu sein, um die freie Religionsausübung in den totalitären Systemen der Zwischenkriegszeit zu gewährleisten. Diese Erwartung erfüllte sich mit Blick auf die Lateranverträge und das Reichskonkordat jedoch nur eingeschränkt. Durch die 1929 wiedergewonnene Staatlichkeit sollten sich allerdings auf längere Sicht neue Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit ergeben.

### Vatikanische Ostpolitik

Was die Haltung Pius' XII. (Amtszeit: 1939–1958) im Zweiten Weltkrieg angeht, so lässt sich eine starke Kontinuität zu Benedikt XV. erkennen. Auch Eugenio Pacelli waren die Hände gebunden, was die Friedensvermittlung angeht. Er initiierte ebenfalls humanitäre Maßnahmen und verurteilte den Krieg. Wie Benedikt XV. sah er die Ursachen des Krieges in der zunehmenden Entchristlichung der modernen Gesellschaft. Noch stärker suchte er jedoch die Grundlinien einer globalen Friedensordnung aufzuzeigen. Nur durch den gemeinsamen Einsatz aller Christen lassen sich seiner Auffassung nach die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker erreichen. In der Weihnachtsansprache von 1942 erinnerte er an die unveräußerlichen Grundrechte eines jeden Menschen und erwähnte die „Hunderttausenden von Menschen, die ohne eigene Schuld, zuweilen nur wegen ihrer eigenen Nationalität oder Rasse für den Tod oder ein schleichendes Verderben bestimmt“ seien. Die Würde des Menschen, die Familie, der Wert der Arbeit und die Religion seien zu schützen. Die Ansprachen

stießen seit den sechziger Jahren auf Kritik, weil sie als zu unkonkret erlebt wurden (das Wort „Jude“ sucht man vergebens).

Die päpstlichen Vorschläge beinhalteten im Grunde genommen schon Gedanken, wie sie die Gründerväter der Vereinten Nationen beseelten. Warum trat der Heilige Stuhl dieser Organisation also nicht bei, als sie unmittelbar nach dem Krieg gegründet wurde? Sicher dürfte der straffe Antikommunismus Pius' XII. einer Mitgliedschaft im Weg gestanden haben. Nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) wäre diese ohnehin nicht mehr infrage gekommen – hatten doch die Päpste die Menschenrechte seit der Aufklärung immer wieder verurteilt.

Obwohl unter diesen Bedingungen vorerst keine Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen möglich war, wurden bereits ab 1948 vatikanische Beobachter zur Welternährungsorganisation entsandt, seit 1951 auch zur Weltkulturorganisation UNESCO. Das lag nahe, insofern hier Sachbereiche betroffen waren, die mit den Aufgaben der Kirche direkt zusammenhängen.

Nach dem Tod Pius' XII. gerieten die Dinge im außenpolitischen Bereich in Bewegung. Unter dem neuen Papst Johannes XXIII. (Amtszeit: 1958–1963) kam es zu ersten Gesprächen mit kommunistischen Regimen im Ostblock, die zum Ziel hatten, die Lebensbedingungen der Katholiken in den betreffenden Ländern zu verbessern. Vor dem Hintergrund der sogenannten Ostpolitik schien der pianische Antikommunismus überholt. Gesprächsbereitschaft gegenüber Andersdenkenden kennzeichneten auch die damaligen Enzykliken. In „Pacem in terris“ (Frieden auf Erden) kam es zu einer wichtigen Weichenstellung: „Zu den Menschenrechten gehört auch das Recht, Gott der rechten Norm des Gewissens entsprechend zu verehren und seine Religion privat und öffentlich zu bekennen.“ Erstmals wurden damit in einem päpstlichen Dokument die Menschenrechte – und damit auch die Religionsfreiheit – positiv gewürdigt.

Der Nachfolger, Paul VI. (Amtszeit: 1963–1978), vormals ein enger außenpolitischer Mitarbeiter Pius' XII., arbeitete gezielt darauf hin, dem Heiligen Stuhl in der Staatengemeinschaft eine vernehmbare Stimme zu geben, und zwar nicht bloß als Staat unter anderen Staaten, sondern auch als eine humanitäre Größe jenseits nationaler Einordnungen. Paul VI. war ein erfahrener Diplomat. Den in den Lateranverträgen von 1929 erreichten Status der international anerkannten Souveränität des Heiligen Stuhls nutzte er virtuos im Sinn der Kirche. Im Grunde genommen vollendete er so die Politik seiner Vorgänger.

### Frieden mit der Religionsfreiheit

Damit Paul VI. 1965 als erster Papst vor der UNO sprechen konnte, musste der Heilige Stuhl vorab den Status eines ständigen Beobachters beantragen. In seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung wies Paul VI. darauf hin, dass er sich nicht mit den versammelten Staatenleuten messen könne. Er stehe bloß für eine „winzige, gleichsam symbolische zeitliche Herrschaft – gerade so groß, dass er in Freiheit seine geistliche Sendung ausüben und allen, die mit ihm zu tun bekommen, gewährleisten kann, von jedem anderen Souverän der Welt unabhängig zu sein“. Er sei vielmehr als Sprecher der katholischen Christenheit, als religiöser Führer und überdies als eine universale moralische Autorität gekommen: „Wir sind Träger einer Botschaft für die ganze Menschheit, und wir sind es nicht nur in unserem eigenen Namen oder in dem der katholischen Kirche.“ Zu allen Menschen wolle er daher sprechen, unabhängig von ihrer nationalen oder religiösen Zugehörigkeit. Die Kirche nannte er in diesem Zusammenhang „Expertin für alles Menschliche“.

Paul VI. zeigte in seiner Rede auf, dass die Kirche wie die UNO gleichermaßen dem Wohl und der Einheit der Menschheit verpflichtet sind. Die Rede gipfelte in den berühmt gewordenen Worten: „Nie mehr Krieg! Nie mehr Krieg! Es ist der Friede,

der Friede, der das Geschick der Völker und der ganzen Menschheit leiten muss!“ Alle Päpste haben seither vor der UNO sprechen dürfen.

Mit der Konzilerklärung „Dignitatis humanae“ (Die Würde des Menschen) machte die Kirche noch im selben Jahr endgültig ihren Frieden mit der Religionsfreiheit. So konnte Paul VI. 1968 sagen: „Menschenrechte und Frieden sind eng verknüpft. Es kann kein echter und dauerhafter Frieden herrschen, wo die Menschenrechte verachtet, verletzt und mit Füßen getreten werden.“ Der Vatikan musste einen langen Weg gehen, um an diesem Punkt anzukommen: Anwalt der Menschenrechte und der Religionsfreiheit für alle Menschen zu sein, statt Privilegien nur für sich selbst zu fordern.

Seit 1965 wurde die vatikanische Mitarbeit in den Unterorganisationen der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organisationen ausgebaut. Der Heilige Stuhl trat 1971 dem Atomwaffensperrvertrag bei. Außerdem nahmen Vertreter des Vatikan an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa teil und setzten sich dafür ein, dass die Religionsfreiheit 1975 in der Schlussakte von Helsinki festgeschrieben wurde. Dissidenten in den Ostblockstaaten haben sich bis 1989 immer wieder darauf berufen.

Papst Johannes Paul II. (Amtszeit: 1978–2005) fügte dem friedenspolitischen Einsatz des Papsttums durch die Weltfriedentreffen in Assisi (seit 1986) einen weiteren Aspekt hinzu: Das Wirken für den Weltfrieden ist eine gemeinsame Verpflichtung aller Religionen. Auch hieran scheint Papst Franziskus anzuknüpfen, namentlich durch seine zahlreichen Reisen in mehrheitlich muslimisch geprägte Länder und seine Kontakte zu Vertretern der islamischen Religion.

Das Thema „vatikanische Außenpolitik“ ist ein weites Feld, doch zeigt schon ein knapper Überblick, dass es in den letzten 150 Jahren trotz gewandelter historischer Umstände klare Kontinuitätslinien gibt. ←

## An den Hebeln der Biologie

Heilung von Erbkrankheiten, Gesundheit bis ins hohe Alter und reiche Ernte bei jedem Wetter: Für den Forscher Jamie Metzl bietet die Gentechnik große Chancen. Oft könnten rechtliche Standards mit der rasanten wissenschaftlichen Entwicklung aber nicht mehr Schritt halten.

Der amerikanische Forscher und Science-Fiction-Autor Jamie Metzl sieht in den Fortschritten der Gentechnik die einzige Möglichkeit, die Zukunft einer immer zahlreicheren Weltbevölkerung und damit der Menschheit zu sichern. „Wir werden uns gezielt gentechnisch verändern müssen, wenn wir weiter existieren wollen“, sagte er in der „Welt“. Mit neuen Methoden, wie dem CRISPR/Cas-Verfahren, die es ermöglichen, gezielter ins Erbgut einzugreifen als bisher, „über-

nehmen wir Menschen zum ersten Mal die Kontrolle über die Hebel der Biologie. Von diesem Moment an werden wir die Evolution steuern.“

Ein wichtiges Ziel ist für Metzl die Heilung von Krankheiten. Schon heute gibt es Krebstherapien, bei denen die körpereigenen Abwehrzellen genetisch so verändert werden, dass sie erkrankte Zellen effektiver bekämpfen können. Auch in Verfahren, bei denen Embryonen gezielt genchirurgisch verändert werden, um Erkrankungen vorzubeugen, sieht er große Chancen. Allerdings „müssen wir diesen Weg mit großer Demut und Vorsicht gehen“. Die Gefahr, dass die neue Technologie missbraucht würde, dürfe nicht unterschätzt werden. Deshalb sei es existenziell wichtig, „dass wir jetzt, nicht erst in fünf oder zehn Jahren, eine breite öffentliche Diskussion über die Zukunft unseres Lebens beginnen. Darüber, wie wir diese neuen Technologien am besten einsetzen.“

Dafür sei es in vielen Fällen auch nötig, die rechtlichen Rahmenbedingungen neu zu bestimmen. Während sich die Wissenschaft „exponentiell in die Zukunft entwickelt“, könnte die Gesetzeslage mit diesem Tempo oft nicht mithalten. Hier gibt es von Land zu Land kulturelle Unterschiede. Während es in weiten Teilen Amerikas große Bedenken nur gegen gentechnische Eingriffe am Menschen gibt, sieht Metzl in Europa schon einen „irrationalen Reflex“ gegen genveränderte Lebensmittel. In Zeiten von Hitzerekorden und zunehmender Trockenheit versprechen im Labor veränderte Weizen-, Mais- oder Sojapflanzen jedoch weiterhin gute Erträge. Ein Anbau ist in Europa aktuell aber nicht möglich. Metzl hofft, dass „Denkbarrieren“ in Zukunft abgebaut werden und die Gesetzgeber ohne Vorbehalt Chancen und Risiken der neuen Technik abwägen. „Die Geschichte der genetischen Revolution ist eine zu neunzig Prozent positive Geschichte, aber das Ende ist noch nicht geschrieben.“ sil

### BETRACHTUNG

#### Was fehlt, wenn Gott fehlt?

Wenn Gott fehlt, fehl ich mir selbst, das Du fehlt, immerfort fehlt das Du

Durch Dich bin ich so ich, wozu sonst sind wir hier? Zu verkörpern, was oben ist, unten sind wir

Mensch und Gott gehören zusammen

Das fehlt, wenn Er fehlt, die Quelle, das Trinken, das Trinken daraus, die Formlosigkeit, die Gleichgültigkeit hält niemand lang aus

Was fehlt, wenn Gott fehlt?

Das versteckte Glück unter den Füßen, der Lichtstrahl im Schmerz, das große Ziel

Und immer ist es das von uns Suchenden gesuchte Geheimnis, das fehlt, wenn Gott fehlt.

Rosemarie Egger